

Schriftliche Anfrage

betreffend **Mietkündigungen zu Gunsten von Asyl- und Schutzsuchenden**

eingereicht von: Gabriella Gisler (namens der SVP-Fraktion)

am: 3. April 2023

Geschäftsnummer: 2023.26

Die Gemeinde Seegräben ist kürzlich in die Schlagzeilen geraten, weil sie angeblich ein Mietverhältnis für die Unterbringung von Asylsuchenden gekündigt habe.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches sind die grössten Probleme und Herausforderungen für die Stadt Winterthur im Hinblick auf den aktuellen Ansturm von Asylsuchenden? Wie begegnet der Stadtrat diesem Ansturm?
2. Wie ist die aktuelle Handhabung und das Vorgehen des Stadtrates bei Wohnungsvergaben an Asyl- und Schutzsuchenden?
3. Welche weiteren Unterbringungsmöglichkeiten, neben Wohnungen, hat der Stadtrat bereits umgesetzt bzw. zieht der Stadtrat in Betracht?
4. Wie verhindert der Stadtrat, dass in der Stadt wohnhafte Mieterinnen und Mieter die Wohnung für die Unterbringung von Asyl- und Schutzsuchenden gekündigt wird?
5. Erachtet es der Stadtrat grundsätzlich als verhältnismässig und legitim, langjährigen Mieterinnen und Mietern zu kündigen, um in den betroffenen Liegenschaften Asyl- und Schutzsuchende unterzubringen? Wenn ja, aus welchen Gründen und unter welchen Umständen?
6. Werden Asyl- und Schutzsuchende bei der Wohnungsvergabe in stadteigenen Liegenschaften gegenüber anderen Wohnungssuchenden bevorzugt? Wenn ja, in welchen Fällen und was sind die Gründe dafür?
7. Unterscheidet der Stadtrat zwischen der Herkunft der Asyl- und Schutzsuchenden bei der Unterbringung? Wenn ja, wie und aus welchen Gründen unterscheidet er?
8. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass die Zuwanderungs- und Migrationspolitik seitens Bund und Kanton ausser Kontrolle geraten ist und dringend in den Griff gekriegt werden muss, da die Stadt und deren Einwohnerinnen und Einwohner abschliessend die Leidtragenden sind?